

➤ Am Tag vor der entscheidenden Sitzung stehen

# Kanzler-Urteil erst

Geht er, oder geht er nicht? Im Finale des EU-Wahlkampfes deutet immer mehr darauf hin, dass SPÖ und FPÖ Sebastian Kurz tatsächlich aus dem Kanzleramt wählen. Von seinen Angeboten hält man jedenfalls weder da noch dort viel. Den Showdown im Regierungskrisen-Poker wird es allerdings erst am morgigen Vormittag geben – kurz vor der Abstimmung.

Nach Tagen der Unklarheit hat Hans Peter Doskozil stellvertretend für seine Parteichefin Pamela Rendl-Wagner jüngst ein Machtwort gesprochen: Der burgenländische Landes-

hauptmann erklärte, dass es für die SPÖ im Grunde kein Zurück mehr gebe, man auch im Blick auf die eigenen Funktionäre den Kanzler morgen in die Wüste schicken müsse.

Wollte am Wochenende noch keine Fragen zur SPÖ-Linie in der Frage nach der Abwahl des Kanzlers beantworten: Parteivorsitzende Pamela Rendl-Wagner.

In diesem Punkt widersprach ihm Parteimanager Thomas Drozda zwar rasch öffentlich – eine große Gegenbewegung scheint es aber in der SPÖ nicht zu geben, auch das rote Gewerkschaftsschwergewicht Rainer Wimmer sprach sich für eine Kurz-Abwahl aus: „Uns stimmt man nicht mehr um, der Kanzler hat unser Vertrauen verspielt“, tönt er im „profil“. Vom Angebot des Kanzlers, etwa die Klubbleute der Oppositionsparteien ohne Stimmrecht in den Ministerrat einzubezie-

die Zeichen auf Kurz-Sturz ➤ SPÖ schlingert weiter

# in letzter Sekunde

hen, hält er nichts: „Beim Ministerrat, der nichts mehr entscheidet, dürfen also unsere Klubchefs künftig dabei sein? Eine Verarsche zum Quadrat.“

**Mehrheit der Bevölkerung ist für einen Verbleib des Kanzlers**

Nicht so deftig, aber von ähnlichem Inhalt scheint auch die Meinung der Blauen zu den Kurz-Angeboten auszufallen. Weder die neuen Minister noch die vorgeschlagene Sitzungsteilnahme bringen Kurz-Gegner von ihrem Misstrauen ab, heißt es aus der Partei. Beim Wahlkampffinale auf dem Wiener Viktor-Adler-Markt gab es sogar „Kurz muss weg“-Sprechchöre. Die FPÖ erklärte lediglich, selbst keinen Misstrauensantrag einzubringen.

Allein: Für Rot und Blau ist die Kurz-Abwahl ein äußerst riskantes Unterfangen. Allen Meinungsumfragen zufolge wünscht sich die Mehrheit der Bevölkerung nämlich einen Ver-

bleib des ÖVP-Chefs im Kanzleramt. Nur rund jeder Dritte ist laut den Studien für eine Abwahl des Kanzlers in der morgigen Nationalratsitzung.

Aufgedeckt werden die Karten erst kurz vor der Abstimmung: Sowohl bei Rot als auch bei Blau fallen die Entscheidungen in den Klubbesprechungen gegen 10.30 Uhr. KK

Herbert Kickl, bald Klubobmann der Blauen, forderte einen Sturz von Kanzler Sebastian Kurz. Er dürfte sich damit durchsetzen.



Foto: Nimmerwusch



Foto: EPA/Thomas Schuster

Brisante Umfrage

## Die Mehrheit gibt Strache die Schuld

Auf wessen Kappe gehen die Neuwahlen und die Regierungskrise, in der sich das Land gerade befindet?

Die klare Mehrheit sagt: Auf jene des Ex-FPÖ-Chefs Heinz-Christian Strache. Laut einer „profil“-Umfrage sehen satte 55 Prozent die Schuld allein beim im Ibiza-Video überführten Strache, jeder Vierte sieht die Verantwortung geteilt bei ÖVP und FPÖ. Nur vier Prozent sind unterdessen der Meinung, dass die Volkspartei alleine die Verantwortung an den Geschehnissen trägt. Ein knappes Fünftel hat dazu keine klare Meinung.

➤ An die „lieben roten und blauen Abgeordneten“ appelliert heute „Krone“-Postler Michael Jeammée – zu lesen im Blattinneren!

## Der ÖVP-Plan oder: Wie Türkis Rot spalten will

Wenn der Kanzler und die Seinen eines nie sind, dann ohne Strategie. Das gilt freilich auch für die aktuelle Krise, in der Sebastian Kurz tatsächlich die Abwahl als Regierungschef droht (siehe oben). Ranghöchste Türkise sagen hinter vorgehaltener Hand aber, dass eine Abwahl durch eine rot-blaue Allianz aus rein wahltaktischer Sicht mitnichten ein Kollateralschaden wäre – im Gegenteil: Abgesehen davon, dass der Kanzler dann bis Herbst etwa als Klubchef völlig freigespielt für den Wahlkampf wäre, haben die türkisen Strategen rund um Kurz-Berater Stefan Steiner dafür auch schon eine Wahlwerbelinie ausgetüfelt.

Diese sieht im Kern die Warnung vor einer staatspolitisch verantwortungslosen „Koalition“ aus SPÖ und FPÖ vor. Einen Vorschmack darauf gab Kurz am

## Aus dem Hintergrund



KLAUS KNITTELFELDER

Freitag in unzähligen Interviews, als er in bisher nicht da gewesener Deutlichkeit einen unheilvollen rot-blauen Pakt gegen sich prophezeite. Im Kanzleramt geht man davon aus, dass dieses „Jetzt erst recht“-Mantra für enorme Mobilisierung in den eigenen Reihen sorgen könnte.

Nicht zuletzt sät man so auch bewusst Zwietracht in der SPÖ: Mit seiner listigen Betonung einer plötzlichen Phalanx zwischen dem SPÖ-Feindbild Herbert Kickl und Parteichefin Pamela Rendl-Wagner will Kurz die Roten in der für sie heiklen Frage, wie man es denn nun mit der FPÖ hält, unter Druck setzen. Diesen würde Kurz nach einer Abwahl noch erhöhen, indem

er den Verbleib „seiner“ Minister forderte – was die SPÖ dann, so sie konsequent für die von ihr geforderte Expertenregierung eintritt, wohl neuerlich mit den Blauen gemeinsam bekämpfen müsste.

## EU-Detailergebnisse als Zünglein an FPÖ-Waage

Während die Entscheidung in der SPÖ also längst gefallen zu sein scheint, deutet auch in der FPÖ vieles auf eine Kanzler-Abwahl hin. Fixiert sei das aber auch in der Parteispitze noch nicht, erklären blaue Insider – maßgeblich werde nicht zuletzt das heutige EU-Wahlergebnis sein. Sprich: Verlieren die Freiheitlichen etwa bei Arbeitern und weniger ÖVP-affinen Blauwählern, ist dies intern ein weiteres starkes Argument für den von vielen verlangten Kurz-Sturz, heißt es. Die FPÖ-Führung ist jedenfalls, das versichern Spitzenblau, im Dauerkontakt mit der SPÖ.



Foto: EPA/Thomas Schuster

„Werde Vorschlag unterbreiten“, Kurz

Nach einem Experten-Vorschlag in der „Krone“:

## Auch Kurz will jetzt Pakt gegen teure Wahlzuckerln

Die Geister von 2008 gehen wieder um: Damals wurden kurz vor der Nationalratswahl Geschenke in Milliardenhöhe verteilt. Dies droht, wie die „Krone“ berichtet, heuer wieder. Auch die ÖVP kann sich nun ein Spar-Abkommen vorstellen.

Mehr Pflegegeld, höhere Pensionen, ein Ende der Studiengebühren, die Verlängerung der Hacklerregelung und eine teilweise Senkung der Mehrwertsteuer – und das alles in einer Nacht.

Dies ist die – längst nicht vollständige – Bilanz der Nationalratsitzung vom 24. September 2008. Kurz vor der Wahl wurden mit fliegenden Mehrheiten bis in die frühen Morgenstunden Zuckerln verteilt, die sich in den Folgejahren auf rund 30 Milliarden Euro auf-

zu fassen. Auch die Neos plädieren dafür.

Und nun ist auch die ÖVP an Bord, wie Kanzler Sebastian Kurz verspricht: Es dürfe „nicht passieren, dass auf Kosten der Steuerzahler stündere Wahlzuckerln verteilt werden.“ Kurz weiter: „In den kommenden Tagen werde ich daher allen Parteien einen der Parteien, teure Beschlüsse nur in Notfällen



## EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWUSCHT

Eigentlich sollte man sich jetzt erst einmal vom EU-Wahlkampf erholen, aber die Innenpolitik lässt uns keine Verschnaufpause.